

neuköllnisch

Frühjahr 2024
Linkes Informations-
und Diskussionsblatt

Am 9. Juni ist Europa-Wahl

Löhne rauf, Waffen runter!

Für Frieden und Menschlichkeit



Vom Rettungsschiff
ins Europaparlament

**Exklusiv-Interview
mit Lea Reisner** Seite 2

Seite 7

Nahostkonflikt in Neukölln
**Bezirksamt
verbreitet Lügen**

Seite 10

Großdemos gegen AfD
**Alle zusammen
gegen den Faschismus!**

Die Linke

Neukölln

Interview zur Europawahl

»Es braucht linke Alternativen«

Lea Reisner (34) ist Krankenpflegerin aus Neukölln. Sie war als Seenotretterin im Mittelmeer an der Rettung zahlreicher Flüchtlinge beteiligt und hat die europäische Migrationspolitik aus nächster Nähe erlebt. Bei der Europawahl am 10. Juni kandidiert sie für Die Linke.



■ Neuköllnisch: Lea, du bist noch gar nicht lange Mitglied der Linken. Was hat dich bewogen, mitzumachen?

Lea: Nachdem einige Personen gegangen sind, die sich häufig fundamental gegen meine persönlichen Überzeugungen geäußert haben, bin ich bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir brauchen dringend starke und glaubwürdige Stimmen, die linke, positive Ideen vertreten und für das Gute Leben für alle kämpfen.

■ Du hast eine sehr spannende Biographie, warst Krankenpflegerin und aktive Seenotretterin. Wie viel deiner Biographie steckt in der Kandidatur?

Meine eigenen Erfahrungen mit Armut in der Jugend, die beschissenen Bedingungen in der Pflege und die Grausamkeit an den europäischen Grenzen hat mich geprägt. Es ist für Menschen aus prekären Verhältnissen schwer, sich politisch einzubringen, weil sie neben Job und Sorgearbeit kaum Zeit haben. Ich möchte einen Beitrag leisten, dass hier in Zukunft Barrieren abgebaut werden.

■ Du hast das Leid von Geflüchteten sehr nahe erlebt, kennst die »Festung Europa« und ihre Grenzen sehr gut. Kannst du dir ein solidarisches Europa vorstellen?

Ich kann mir das gut vorstellen: Ein solidarisches Europa bedeutet für mich ein Anerkennen unserer kolonialen Geschichte und ihrer Folgen. Es bedeutet Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Wir brauchen außerdem einen europäischen Solidaritätsfonds, der die Länder und Kommunen dabei unterstützt, Geflüchtete aufzunehmen.

»Meine eigenen Erfahrungen mit Armut in der Jugend, die beschissenen Bedingungen in der Pflege und die Grausamkeit an den europäischen Grenzen haben mich geprägt«

■ Warum sollten sich Neuköllner*innen aus deiner Sicht eigentlich für die EU-Wahl interessieren?

Die EU hat unmittelbaren Einfluss auf unser aller Leben. Was wir essen, wie unsere Straßen aussehen, welche Klimaschutzmaßnahmen getroffen werden und gerade auch die Migrationspolitik. All das sind Dinge, die in Brüssel entschieden werden. Da sollte gerade auch der ärmste Bezirk Berlins eine eigene EU-Abgeordnete haben!

■ Aber was kann Die Linke überhaupt im EU-Parlament reißen?

Es braucht eine starke Linke in der EU, um den neoliberalen und militaristischen Bestrebungen der anderen Parteien etwas entgegenzusetzen. Die EU ist inzwischen sehr mächtig - da braucht es dringend linke Alternativen zu dem, was aktuell angeboten und umgesetzt wird.

■ Vielen Dank.

Interview: **Daniel Kipka-Anton**

Am 9. Juni ist Europawahl!

■ **Wer darf wählen?** Wahlberechtigt sind alle hier gemeldeten Bürger*innen der EU ab dem 16. Lebensjahr

■ **Wie geht Briefwahl in Neukölln?**



Antrag mit Namen, Adresse, Geburtsdatum per E-Mail an briefwahl@bezirksamt-neukoelln.de.

▶ QR-Code scannen, persönliche Angaben in der E-Mail ergänzen, absenden.

■ **Wie kann ich als EU-Bürger*in ohne deutschen Pass in Neukölln wählen?** Ein Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis muss spätestens bis zum 19. Mai 2024 (Sonntag) im Wahlamt vorliegen.

Linke Kandidat*innen für das EU-Parlament:



Carola Rackete

Die 35-jährige Ökologin und Kapitänin hat sich von 2015 bis 2019 mit verschiedenen Organisationen auf dem Mittelmeer in der Seenotrettung engagiert. Bekannt wurde sie als Kapitänin der Sea Watch 3. Im Europaparlament will Carola Rackete **gegen die Profitgier der fossilen Konzerne** angehen, die mit Millionen die Politik beeinflussen.



Martin Schirdewan

Martin Schirdewan zog 2014 zum ersten Mal für Die Linke ins Europäische Parlament ein. Seit 2019 ist er Ko-Vorsitzender der Fraktion THE LEFT. Er setzt sich dafür ein, die Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu rücken. Dafür müsse man **Europa den Reichen nehmen**, meint der 48-Jährige.



Özlem Demirel

Özlem Alev Demirel wurde 1984 in der Türkei geboren. Als sie fünf Jahre alt war, ist ihre Familie vor politischer Verfolgung nach Westdeutschland geflohen. Die Gewerkschafterin setzt sich seit 2019 im EU-Parlament für **gute Löhne und Arbeitsbedingungen**, aber auch lautstark für **konsequente Friedenspolitik** ein, ob in der Ukraine oder im Nahen Osten.



Gerhard Trabert

Armut macht krank und Krankheit macht arm. Aufgrund dieser Erkenntnis gründete der Arzt Gerhard Trabert (68) bereits 1997 den Verein Armut und Gesundheit in Deutschland e.V., der sich für Wohnungslose, Geflüchtete und Benachteiligte engagiert. 2022 kandidierte er auf Vorschlag der Linken für das Amt des Bundespräsidenten.

Kriegstreiber schäumen über Papst Franziskus



Das Kirchenoberhaupt hatte der ukrainischen Regierung angesichts einer drohenden Niederlage Verhandlungen über ein schnelles Ende des Krieges nahegelegt. Aus den Reihen des NATO-Lagers hagelte es Kritik.

Papst Franziskus hatte in einem Interview mit dem Schweizer Sender RSI zu dem mehr als zwei Jahre andauernden Krieg in der Ukraine gesagt: »Wenn man sieht, dass man besiegt ist, dass es nicht gut läuft, muss man den Mut haben, zu verhandeln.« Er denke, »dass der Stärkste derjenige ist, der die Situation betrachtet, an die Menschen denkt, den Mut der weißen Fahne hat und verhandelt«.

Zahlreiche deutsche Politiker*innen zeigten sich stark verärgert. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)

verglich Russland mit dem Satan und erklärte, sie schäme sich als Katholikin für die Äußerungen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ging auf Distanz zum Pontifex. Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt unterstellte, der Papst akzeptiere die »Auslöschung der Ukraine«.

Zwei Jahre nach Beginn der russischen Invasion ist die Ukraine schwer gezeichnet. Die Zahlen der Verwundeten, Getöteten und Gefallenen sind immens. Die Truppen sind ausgelaugt. Die groß angekündigte Gegenoffensive des letzten Jahres ist vollständig gescheitert. Zahlreiche Städte und Dörfer entlang der Front liegen in Schutt und Asche.

Statt Verhandlungen, wie vom Papst angeregt, fordern CDU, Grüne und FDP mehr Waffenlieferungen. Frankreichs Präsident Macron erwägt sogar die Entsendung von NATO-Truppen.

Zustimmung bekam der Papst dagegen von Gregor Gysi (Die Linke): »Franziskus hat völlig recht, dass zwischen Russland und der Ukraine die weiße Fahne gehisst werden muss, um Friedensverhandlungen beginnen zu können.«

Georg Frankl

Die Linke Neukölln stark wie nie: Bezirksverband verzeichnet Hunderte Neueintritte

Seit dem Weggang von Sahra Wagenknecht verzeichnet Die Linke Neukölln eine Eintrittswelle. Mehr als 300 Neuköllner*innen haben sich in den letzten Monaten der Partei angeschlossen. Die meisten von ihnen treibt das Bedürfnis, etwas gegen Nazis, Kriege und Armut zu unternehmen. Mit rund 950 Mitgliedern ist Die Linke Neukölln eine ernstzunehmende Kraft im Bezirk. Wer wird das 1000. Mitglied?

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe 1/2024 (Frühjahr)

Neuköllnisch wird herausgegeben von DIE LINKE Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 10.000

V.i.S.d.P.: Georg Frankl

Redaktion: Georg Frankl, Joachim Haske, Barbara Heinrich, Daniel Kipka-Anton, Hans Krause, Isabell Rudek, Constantin Wazinski

Titelbild: Foto »knotted gun« von Scott Beale (flickr.com)

Gestaltung: Georg Frankl

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6, 12055 Berlin, Tel/Fax: (030) 613 59 19
neukoellnisch@lists.posteo.de

Redaktionsschluss: 15.03.2024

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.



Sportflächen auf dem Tempelhofer Feld bedroht

Die Unterbringung von Geflüchteten diene dem Berliner CDU-SPD-Senat als Vorwand, das 2014 per Volksentscheid beschlossene Tempelhofer-Feld-Gesetz zu ändern. Weil die Politik bislang daran gescheitert ist, Kapazitäten vorzuhalten und menschenwürdige Verhältnisse zu organisieren, sollen unter anderem Anlagen für Beachvolleyball, Basketball und Baseball weichen. Direkt daneben steht auf dem ehemaligen Flughafen das größte Gebäude Europas seit vielen Jahren leer.

»Lieber Senat, fangt endlich an und macht Eure Hausaufgaben: Statt Millionen für Zelte und Container auszugeben, muss

das Gebäude ertüchtigt werden«, sagt Lisa Wiedekamm von der Initiative 100% Tempelhofer Feld. Auch betroffene Sportvereine haben sich gegen die Bebauungspläne gewandt. Die Sprecherin für Stadtentwicklung der Linken, Katalin Gennburg, erklärte gegenüber neuköllnisch: »Wir stehen zur Tempelhofer Freiheit und verurteilen die Salmi-Taktik des Senats, mit der immer größere Teile des Feldes temporär bebaut werden sollen.«



→ **Petition** zum Erhalt der Sportstätten unterzeichnen



Senat will Drogen- und Suchthilfe kürzen

Wer an der Hermannstraße wohnt und zur Fortbewegung auf die U8 angewiesen ist, bekommt den wachsenden Drogenkonsum in der Stadt schon länger zu spüren. Je größer das persönliche Elend, desto mehr Menschen flüchten sich in den Rausch. Die Nutzung der wenigen Drogenkonsumräume und mobilen Angebote hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Der Berliner Senat will nach Medienberichten 900.000 Euro bei der Drogen- und Suchthilfe kürzen. Das trifft vor allem Notdienste, Konsumräume, Straßensozialarbeit aber auch therapeutische Angebote. Mehr als 30 Projekte sollen betroffen sein. Die Linke warnt vor den Kürzungen und einer Verschärfung der Suchtproblematik.



Waldrodung für Luxuswohnungen

Dank der Initiative »Emmawald bleibt« ist die Oase auf dem ehemaligen Friedhof nun offiziell der größte Wald Neuköllns. Doch der Senat will die Rodung und den Neubau hunderter teurer Eigentumswohnungen durchboxen. Dafür wurde dem Bezirksamt das Planungsverfahren entzogen. »Auch höherpreisige Wohnungen sind wichtig für die Stadt«, meint Bausenator Christian Gaebler (SPD). Dabei liegen gute Vorschläge vor, wie in der näheren Umgebung bezahlbarer Wohnraum entstehen kann. Auf Parkplätzen, eingeschossigen Supermärkten oder Industriebrachen könnte umweltschonend gebaut werden. Die Initiative ruft auf, Herrn Gaebler Briefe und E-Mails zu schreiben, damit der Wald erhalten bleibt.



Karstadt: Linke für Sozialkaufhäuser

Der Signa-Konzern steckt in einer existenziellen Krise. Die Projektgesellschaften für die Bauprojekte am Hermannplatz und am Ku'damm (beide gehören zu Signa) sind mittlerweile insolvent. Es ist die dritte Insolvenz seit dem Jahr 2020. Dennoch will der Berliner Senat die Bebauungsplanverfahren weiterführen und spricht sich für einen neuen Investor aus. Die Linke befürwortet stattdessen einen kompletten Stopp und die Umwandlung in genossenschaftliche Warenhäuser. Auch die Initiative Hermannplatz spricht sich für eine Kombination von Kaufhaus und gemeinwohlorientierten Angeboten aus. Denkbar wären zum Beispiel Beratungsstellen, gesundheitliche Nahversorgung und kulturelle Angebote für alle Altersstufen. ◀



BVG geht gegen Wohnungslose vor

Seit Februar will die BVG mit einem Pilotprojekt mehr Sicherheit und Sauberkeit in der U8 erreichen. Das soll mit mehr Reinigungskräften und Sicherheitspersonal rund um die Uhr sowie mit verstärkter Videoüberwachung gelingen. Vielen mag das die Benutzung des ÖPNV angenehmer machen. Für Wohnungslose stellen die U-Bahnhöfe aber Zufluchtsorte dar, wo sie vor Wind und Wetter geschützt sind. Durch die Verdrängung dieser Menschen gehen außerdem die Treffpunkte mit der Straßensozialarbeit verloren. »Dieses Vorgehen ist weder menschlich noch nachhaltig«, meint Georg Frankl, sozialpolitischer Sprecher der Neuköllner Linksfraktion: »Der Senat sollte Armut und Wohnungslosigkeit bekämpfen, statt die Ärmsten zu drangsaliieren!« ◀

Zukunft der »Teupe« weiter ungewiss

Das Haus 1 der »Teupe«, einer Unterkunft für wohnungslose Menschen in der Teupitzer Straße, wurde Anfang der 90er Jahre als Provisorium errichtet. Es war nicht darauf ausgelegt, länger als zehn Jahre zu stehen. Das Grundstück wurde vom Senat in den 2000er Jahren verkauft. 2024 ist der Containerbau immer noch in Benutzung. Aktuell sind hier Personen untergebracht, die aus verschiedenen Gründen keine Wohnung auf dem Markt finden. Doch der schlechte Zustand des Gebäudes macht ein Ende der Nutzung absehbar. Der Mietvertrag der Teupe läuft im Mai 2025 aus. Die Betreiberin Gebewo Soziale Dienste hat noch keine Informationen über die weiteren Pläne des Vermieters. Auch dem Bezirksamt ist diesbezüglich nichts bekannt. Die Linksfraktion in der BVV fordert, dass der Ort für die Versorgung von wohnungslosen Menschen erhalten bleibt. ◀

↓ **»Wir fahren zusammen!«** Gemeinsam mit Aktivist*innen aus der Klimabewegung haben Mitglieder der Linken Neukölln den Streik bei der BVG unterstützt. Denn die Verkehrswende wird nur gelingen können, wenn genügend Bus- und Bahnfahrer*innen zur Verfügung stehen. Bild: Die Linke Neukölln



Aus der Neuköllner BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist das Neuköllner Bezirksparlament. Mit neun von 55 Verordneten stellt DIE LINKE eine starke Fraktion.

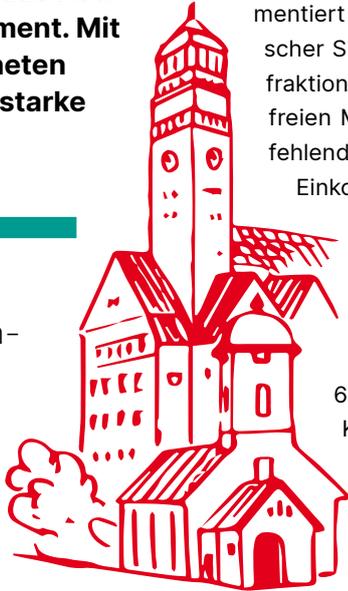
Linke fordert Vorgehen gegen Wohnungsleerstand

Während Viele verzweifelt eine Wohnung suchen, steht Wohnraum leer. Der Grund sind völlig überbezahlte Mieten. Die Linksfraktion Neukölln fragte nach und fand heraus: Auch Leerstand wegen hoher Mietpreise gilt als »Zweckentfremdung« von Wohnraum – und das ist verboten. So standen im »Wohnpark St. Marien« im Mariendorfer Weg über 50 Wohnungen monatelang leer. Die Mieten liegen bei mindestens 21 Euro pro Quadratmeter. Auf Druck der Linksfraktion begann das Bezirksamt, dagegen vorzugehen. »In Neukölln stehen noch mehr Wohnungen leer, weil sie viel zu teuer sind. Das Bezirksamt muss Zweckentfremdung konsequent unterbinden und dafür sorgen, dass die Wohnungen wieder zum Wohnen genutzt werden können«, fordert die Fraktionsvorsitzende der Linken, Carla Aßmann: »Bürgermeister Hikel kann hier handeln und muss es endlich auch tun.«

Aufnahmestopp bei der Musikschule Neukölln

Schon seit Oktober 2023 nimmt die Musikschule Neukölln keine neuen Schüler*innen mehr auf. Dabei stehen über 1.500 Leute

auf der Warteliste. Außerdem hat das Bezirksamt für 2024 alle zuvor finanzierten öffentlichen Vorspiele gestrichen. Durch die Kürzungen ist die kulturelle Grundversorgung in Neukölln gefährdet. »Die Auswirkungen der unsozialen Steuerpolitik der Ampel und die absurden Prioritäten des schwarz-roten Berliner Senats mit seinen Transrapid- und Olympia-Projekten spüren wir ganz konkret hier in Neukölln«, kommentiert Philipp Dehne, bildungspolitischer Sprecher der Neuköllner Linksfraktion. Besonders betroffen sind die freien Musikschullehrkräfte, da jede fehlende Stunde für sie einen realen Einkommensverlust bedeutet. Aus Protest gegen die Kürzungen haben ca. 50 Eltern, Lehrkräfte und Musiker*innen der zuständigen Stadträtin Karin Korte (SPD) 6.345 Unterschriften gegen die Kürzungsmaßnahmen übergeben.



Campus Dammweg: Verdacht politischer Einflussnahme im Kulturamt

Am Campus Dammweg hat das Kulturnetzwerk Berlin Mondiale auf einer zuvor brachliegenden Fläche drei Jahre lang gute Arbeit geleistet. Unter anderem betrieben die Künstler*innen ein Gewächshaus und offene Angebote für Jugendliche. Seit dem 1. Januar ist das vorbei. Offizieller Grund: Die Nutzung des Geländes soll in einem »partizipativen Verfahren« vom Bezirksamt neu geregelt werden. Es gibt aber Zweifel an dieser Begründung. Der Bildungsexperte der Neuköllner Linksfraktion, Philipp Dehne (40), stieß bei Nachforschungen auf eine interne Mail aus dem Amt für Weiterbildung und Kultur. Mit Bezug auf Berlin Mondiale warnt eine Beamtin darin vor »politischem Lobbyismus« und »Verbindungen zu den Grünen«. »Diese Nachricht hat nicht nur bei den Grünen die Frage aufgeworfen, ob das Kulturamt hier Entscheidungen nach politischen Motiven trifft und seine Neutralitätspflicht verletzt«, berichtet Dehne.

Wechsel in der Linksfraktion

Caroline Hüglin war bereits seit längerem Bürgerdeputierte im Verkehrsausschuss. Nun rückt sie als Bezirksverordnete in die Linksfraktion nach.

Nach dem Ausscheiden von Danny Butter rückt Caroline Hüglin aus dem Rollbergkiez in die BVV Neukölln nach. Die 39-jährige Mutter eines Kindes hat Wirtschaft und postkoloniale Studien studiert und arbeitet als Projektmanagerin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Caroline ist seit fünf Jahren Mitglied der Linken, hat sich daneben bei der Kampagne »Deutsche Wohnen



Bild: Linksfraktion Neukölln

und Co. enteignen!« eingebracht und die Initiative »Hermannstraße für alle« mitgegründet. In der BVV wird sie weiterhin den Verkehrsausschuss bereichern.

Die Fraktion bedankt sich bei der Genossin Danny Butter für ihr Engagement. Danny war für Die Linke Ausschussvorsitzende und Mitglied im BVV-Vorstand.



»Der Bezirk leugnet das Leid der Palästinenser*innen«

Mit den Stimmen von CDU und SPD hat die Neuköllner BVV beschlossen, dass in den Oberschulen des Bezirks eine Broschüre zum Nahostkonflikt verteilt werden soll. Das hat hohe Wellen geschlagen und wurde sogar in internationalen Medien aufgegriffen. neuköllnisch hat den Fraktionsvorsitzenden der Linken gefragt, was los war.

neuköllnisch: Es gab in der BVV-Sitzung im Februar Streit um eine Broschüre über den Nahostkonflikt. Was ist geschehen?

Ahmed Abed: Die CDU hatte beantragt, dass der Bezirk den Oberschulen die Broschüre »Mythos#Israel1948« nahelegt und eine einseitige und falsche Antisemitismus-Definition als »handlungsleitend« einführt. Die CDU will den Neuköllner Schüler*innen ihre Meinung zum Nahostkonflikt aufzwingen. Die SPD hat dem Antrag in abgemilderter Form zugestimmt.

Was ist so problematisch an dieser Broschüre?

Sie enthält viele Unwahrheiten. Beispielsweise wird die zionistische Terrorgruppe Hagana darin als Befreiungsorganisation dargestellt. Die Nakba, die Vertreibung von 700.000 Palästinenser*innen im Rahmen der Staatsgründung Israels, wird geleugnet. Außerdem bezeichnet die Broschüre es als antisemitisch, wenn man den Landraub während der Staatsgründung und danach durch die Siedlerbewegung benennt.

Nun sind wir einseitige Darstellungen des Nahostkonflikts leider gewohnt. Warum diesmal der Aufschrei?

Die Situation in den Schulen ist ohnehin sehr gereizt. Hier in Neukölln lebt eine große palästinensische Community. Der Senat wollte Schüler*innen ja bereits die Kuffiye (»Pali-Tuch«) verbieten. Derzeit findet in Gaza ein Völkermord statt, unterstützt von der deutschen Regierung. Und in dieser Situation verteilt der Bezirk Neu-



↑ **Ahmed Abed (41) ist Co-Vorsitzender der Linksfraktion** im Neuköllner Rathaus. Seine Familie stammt aus Gaza, wo seine Verwandten dem Völkermord durch die israelische Armee ausgesetzt sind. Bild: Die Linke, Neukölln

kölln eine Broschüre an seine Schüler*innen, die das Leid des palästinensischen Volkes in der Vergangenheit relativiert und leugnet. Israel wird darin als antifaschistisches Projekt dargestellt, während dort in der Wirklichkeit Rechtsradikale regieren.

Der Neuköllner Bürgermeister Martin Hikel hat gerade erneut erklärt, dass er es falsch findet, von antimuslimischem Rassismus zu sprechen...

Das ist wirklich ein weiterer Schlag ins Gesicht für die vielen Neuköllner*innen, die von diesem Rassismus betroffen sind. Und das sind eben nicht nur gläubige Muslime. Ich würde vom Bürgermeister erwarten, dass er sich schützend vor die Menschen in seinem Bezirk stellt, wenn sie rassistischer Anfeindung ausgesetzt sind.

Welche Aufgaben hat in dieser Gemengelage die Linksfraktion?

Wir haben den Bürgermeister immer wieder konfrontiert, weil er den Kampf gegen Rassismus und Faschismus nicht unterstützt, sondern selbst spaltet. Ob mit seinen Show-Razzien in Shisha-Bars oder mit seiner Unterstützung der israelischen Apartheid. Das werden wir auch weiterhin tun.

Interview:
Georg Frankl

»Ich würde vom Bürgermeister erwarten, dass er sich schützend vor die Menschen in seinem Bezirk stellt«

↓ **Etwa 250 Neuköllner*innen** demonstrieren am 1. März vor dem Rathaus gegen die Verbreitung der Broschüre »Mythos#Israel 1948«.





Klimaschutz: Fehlansage!

Der schwarz-rote Senat sabotiert den Klimaschutz: Zehn Milliarden wollten CDU und SPD dafür ausgeben, doch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht zur Schuldenbremse vom letzten Jahr bleibt davon nichts übrig. Allerdings hatte die Koalition auch keine guten Ideen. Der Bürgermeister träumt von einer extrem teuren Magnetschwebbahn, deren Bau Unmengen von klimaschädlichem Beton erfordern würde. Gleichzeitig unternimmt der Senat keine ernsthaften Maßnahmen für den Ausbau von ÖPNV- und Fahrrad-Infrastruktur. CDU und SPD fehlt aufgrund der Schuldenbremse nicht nur das Geld für Klimaschutz, sondern auch der Wille. ◀

Daniel Kipka-Anton

Immer informiert



**telegram-Infokanal
von Die Linke Neukölln**

Du willst über die wichtigsten Aktionen und Termine der LINKEN Neukölln informiert werden? **Scanne jetzt den Code und abonniere unseren Kanal!**



Massenbewegung gegen die AfD

Alle zusammen gegen den Faschismus!

Mehrere Wochen lang gingen Millionen Menschen auf die Straße, um ihre Ablehnung der AfD und deren Deportationspläne zum Ausdruck zu bringen. Mit dabei waren auch Vertreter*innen der Regierungsparteien.

Führende AfD-Funktionär*innen treffen sich mit anderen Neo-Nazis und der Finanzwirtschaft, um über die Deportation von Millionen Menschen zu fantasieren? Das ruft die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte in Erinnerung. Mit Blick auf die Umfragewerte der Nazi-Partei machen die Reaktion der Zivilgesellschaft und die breite Protestwelle seit Anfang des Jahres Mut. Besonders erfreulich ist das Ausgreifen jenseits der urbanen Zentren. Auch in

zahlreichen Kleinstädten Ostdeutschlands wollen viele Bürger:innen ihre Gemeinden nicht der AfD überlassen und haben Demonstrationen organisiert. Die Umfragewerte der AfD sind in der Folge deutlich zurückgegangen. Viele Protestwähler:innen scheinen ihre Wahlentscheidung noch einmal zu überdenken. Der Aufstieg der extremen Rechten kann also gebremst werden.

Die Beteiligung von Ampel-Politiker:innen an den Demonstrationen hat in linken Kreisen Fragen aufgeworfen. Schließlich sind es diese Parteien, die den Aufstieg der AfD wesentlich mitverantworten haben.



Wenn Neuköllns SPD-Bürgermeister Hikel alle Moscheegemeinden im Bezirk in die Nähe des Antisemitismus rückt oder Grünen-Chefin Ricarda Lang mehr Tempo bei Abschiebungen fordert, machen sie den Rassismus der Rechten salonfähig. Die AfD verdankt ihren Aufstieg auch der breiten Unzufriedenheit mit der Politik der »Altparteien«. Deren neoliberale Sparpolitik hat die soziale Infrastruktur - Kommunen, Krankenhäuser, Schulen, ÖPNV - ruiniert. Außerdem gelingt es der AfD, sich angesichts des Kriegskurses der Regierung als Friedenspartei zu inszenieren und die Angst vor einem Krieg mit Russland aufzugreifen. Deshalb versagen SPD und Grüne trotz ihres Antifaschismus im Kampf gegen die AfD.

Die Umfragewerte für die AfD sind infolge der Massenbewegung stark zurückgegangen.

Wenn Die Linke selbstbewusst und konsequent auftritt, kann sie der Nazi-Partei die Oppositionsführung wieder streitig machen. Aber alleine hat die radikale Linke derzeit keine Chance gegen die AfD und die bestens vernetzte rechte Bewegung. Die Geschichte zeigt: Die extreme Rechte lässt sich durch breite gesellschaftliche Mobilisierung zurückdrängen. Die gilt es jetzt zu organisieren. Wenn die antifaschistischen Kräfte dabei geschlossen vorgehen, können sie noch verhindern, dass die Landtagswahlen im Herbst zum Auftakt eines AfD-Siegeszuges werden, der sich bis zur Bundestagswahl fortsetzen könnte. ◀

Barbara Heinrich

Lohnlücke erhöht Armutsrisiko bei Frauen

Wenn man die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Tagen umrechnet, haben Frauen im Schnitt bis zum 6. März unbezahlt gearbeitet. Denn Frauen erhalten immer noch 18 Prozent weniger Lohn pro Stunde als Männer. Anlässlich des »Equal Pay Day« erklären Janine Wissler und Heidi Reichinnek:

Weil Frauen noch immer den Großteil der Sorgearbeit übernehmen, sind sie häufiger in Teilzeit und im Niedriglohnsektor tätig. Das klassische Rollenbild ist bislang nicht überwunden. So verbringen Frauen mehr als doppelt so viel Zeit mit den Kindern als Männer. Arbeitszeitverkürzung und die Einführung einer Vier-Tage-Woche wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung. Die Lohnlücke ist einer der Gründe dafür, warum Frauen stärker von Altersarmut betroffen sind als Männer. Wer weniger in die Renten-

Arbeitszeitverkürzung und die Einführung einer Vier-Tage-Woche wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung.

kasse einzahlen kann, erhält später auch weniger Rente. Deshalb müssen wir alles daran setzen, die Lohnlücke zu schließen.

Wir brauchen ein Entgeltgleichheitsgesetz, dessen Einhaltung auch kontrolliert wird, damit es wirksam werden kann. Wir müssen Berufe, in denen vor allem Frauen tätig sind, besser entlohnen. Über 80 Prozent der Beschäftigten in Sozial- und Pflegeberufen sind Frauen. Gerade in diesen Branchen werden oft geringe Löhne gezahlt, die der Qualifikation nicht entsprechen. Oft ist die Belastung in diesen Jobs so hoch, dass für viele nur Teilzeit möglich ist. Bei den Arbeitsbedingungen braucht

es dringende Entlastung und eine bessere Bezahlung.

Deshalb ist gerade im Niedriglohnbereich jeder Kampf für bessere Löhne auch ein Kampf für mehr Gleichberechtigung.«



Bilder: Die Linke (im Bundestag)
Heidi Reichinnek (35, links) ist Vorsitzende der Linken im Bundestag.

Janine Wissler (43) ist Parteivorsitzende der Linken.



Berliner Senat bricht traurige Abschiebe-Rekorde

Ich habe bei der Landesregierung nachgefragt: »Wie haben sich die Abschiebebezahlen eigentlich seit dem Regierungswechsel verändert?« Die Antwort ist erschreckend: 1.370 Menschen wurden im Jahr 2023 abgeschoben. Ab April, mit Übernahme von Schwarz-Rot, nahmen die Zahlen um über ein Drittel zu. Besonders grausam: Fast jede zehnte Abschiebung findet nachts statt. Kay Wegner und Konsorten setzen damit die Forderung von Olaf Scholz um, dass Deutschland »im großen Stil abschieben« müsse. Damit leisten sie zugleich den »Remigrationsplänen« von AfD-Nazis Vorschub. Ich kämpfe weiter für einen Stopp aller Abschiebungen und für ein humanitäres Bleiberecht.«

Ferat Ali Koçak (44) ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und fluchtpolitischer Sprecher der Linkenfraktion. In den sozialen Medien ist er als »Der Neuköllner« bekannt.

Bild: Die Linke Neukölln



Gekaufte Politik? Nicht mit uns.

Die Parteien im Bundestag erhielten 2023 mehr als **doppelt so viele Großspenden** wie im Jahr davor.

Wir als Linke verzichten als einzige Partei auf Gelder von Konzernen und Lobbyisten.

Unsere wichtigste Einnahmequelle sind Mitgliedsbeiträge.

Die Linke

Philipp Morris, Rheinmetall, Allianz - Abgeordnetenwatch hat für das Jahr 2022 untersucht, welche Unternehmen die Kassen der Parteien füllen.

Hier findest du den Artikel von Abgeordnetenwatch mit den Infos, welche Parteien von welchen Unternehmen finanziert werden:



www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden

Fußball-Europameisterschaft der Herren

Mit dem Ball rollt der Rubel

Fußball-Berlin freut sich auf die Europameisterschaft der Männer, die am 14. Juni beginnt. Der Wunsch nach vier Wochen Fußball ekstase kommt die Hauptstadt aber weitaus teurer zu stehen als ursprünglich veranschlagt.

Sechsmal rollt der Ball im Sommer für die Fußball-EM im Berliner Olympiastadion. Von »unvergesslichen Momenten für unser Berlin« träumt Sportsenatorin Iris Spranger (SPD). Das Großevent samt Ausbau der Stadion-Infrastruktur und stadtweitem Rahmenprogramm lässt sich der Senat mehr als 80 Millionen Euro kosten. Zugleich kämpfen Stadt und Bezirke mit Haushaltssperren und Sparvorgaben.

2,5 Millionen Gäste werden in der Hauptstadt erwartet. Das Event soll nicht nur das Image Berlins weltweit aufpolieren, sondern auch viel Geld in die Kassen spülen. Einnahmen von 600 Millionen Euro werden erwartet. Allerdings ist der Nutzen für die Stadtentwicklung zweifelhaft. Der größte Teil der Rendite wird bei privaten Hotels und Pensionen landen. Die Bezirke und die soziale Infrastruktur profitieren kaum. Damit wird sich auch die Situation vieler Berliner Sportvereine nicht verbessern, die unter fehlenden oder schlecht gewarteten Sportstätten leiden.

»Ich freue mich auf die gemeinsamen Emotionen beim Public Viewing«, meint Philipp Dehne (40), der sportpolitische Sprecher der Linksfraktion Neukölln. »Allerdings wird die Vorfreude getrübt, wenn ich sehe, wie der Senat der UEFA und der Tourismusbranche die Taschen füllt, während dem Breitensport die Mittel fehlen.«

Constantin Wazinski



Rassismus auf dem Wohnungsmarkt

Verengung, Verdrängung, Vereinzelung

Viele jugendliche Rom*nja, die in Berlin aufwachsen, kämpfen neben den typischen Herausforderungen des Erwachsenwerdens mit zusätzlichen Hürden. Sie müssen mit ihren Familien in sanierungsbedürftigen Wohnungen leben. Sie erleben, dass Vermieter*innen auf Beschwerden nicht reagieren. Sie sehen, wie sich ihre Eltern aus Angst vor dem Verlust der Wohnung nicht trauen, sich durchzusetzen. Oft müssen sie die Aufgaben der Hausverwaltungen selbst und unbezahlt übernehmen.

Studien und Berichte belegen vielfach rassistische Praktiken auf dem Wohnungsmarkt: Vermieter*innen und Immobilienmakler*innen neigen dazu, nicht-weißen Menschen Wohnungen zu verwehren. Sanierungsbedürftige Wohnungen, die Wasserschäden, Schädlings- oder Schimmelbefall aufweisen, werden dagegen mit Vorliebe an Menschen vermietet, die diskriminierten Bevölkerungsgruppen angehören. Etwa jeder fünfte im Jahr 2022 dokumentierte Diskriminierungsfall fand laut Bericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) im Bereich Wohnen statt.

Die Gentrifizierung hat in vielen Kiezen Neuköllns die Wohnungssuche praktisch unmöglich gemacht. Die Wohnsituationen

führen dazu, dass Jugendliche häufig Frustration, Stress, Unwohlsein, Unsicherheit und Hilflosigkeit empfinden. Wenn die Familie wächst, gibt es keine Möglichkeit, in größere Wohnungen auszuweichen. Im Falle eines Umzugs in einen anderen Stadtteil gehen mit der gewohnten Nachbarschaft auch Rückhalt und Schutz verloren. Sie beobachten, wie Teile ihrer Community an den Stadtrand verdrängt werden, wo Familien vereinzeln und umso mehr Antiziganismus ausgesetzt sind.

Teile der Community werden an den Stadtrand verdrängt, wo Familien vereinzeln und umso mehr Antiziganismus ausgesetzt sind.

Der Verbleib in beengten Wohnverhältnissen hingegen, ohne eigenes Zimmer und Privatsphäre, wirkt sich negativ auf Schulleistungen aus, aber auch auf das Sozial- und Familienleben. Das nagt am Selbstwertgefühl und kann die Sicht auf die Zukunft trüben.





↑ **»Miete macht Angst«** - Mietenprotest in Kreuzberg im Mai 2017. Rassismus macht den Wohnungsmarkt für Betroffene noch brutaler.

Bild: some human / flickr.com

In einem partizipativen Projekt haben jugendliche Rom*nja Forderungen erarbeitet, um ihre Situation zu verbessern: Die Bedeutung vertrauter Wohnorte soll anerkannt werden. Sie sollen geschützt und erhalten werden. Verwaltungen und Vermieter*innen sollen Konsequenzen erfahren, wenn sie ihre Pflichten nicht wahrnehmen. Und natürlich soll die Versorgung mit angemessenem Wohnraum als Menschenrecht verstanden und umgesetzt werden. Darüber hinaus ist es essentiell, dass Mietrechte transparent und in unterschiedlichen Formaten zugänglich gemacht werden, um wirklich alle zu erreichen. Von der Umsetzung dieser Forderungen würden längst nicht nur Rom*nja und andere rassistisch diskriminierte Gruppen profitieren, sondern alle Berliner Mieter*innen. ◀

Autorinnen: Die romni Aktivistin **Estera Sara Stan** und die Sozialarbeiterin **Berit Hagmeister** setzen sich dafür ein, dass die Stimmen jugendlicher Rom*nja gehört werden.

Rom:nja

- Selbstbezeichnung der offiziell anerkannten nationalen Minderheit in Deutschland. (Einzahl, männlich: Rom; Einzahl, weiblich: Romni; Mehrzahl, weiblich: Romnja; Mehrzahl, männlich: Roma)

25 Jahre grüner Militarismus



Für Viele ist Friedenspolitik immer noch eng mit den Grünen verbunden. Tatsächlich ist die ehemalige Friedenspartei schon lange keine mehr.

Gleich zu Beginn ihrer ersten Regierungszeit von 1998 bis 2005 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) brachen die Grünen mit ihren friedenspolitischen Grundsätzen. Als die NATO 1999 Serbien angriff, beteiligte sich zum ersten Mal nach 1945 deutsches Militär wieder an einem Krieg. In dem völkerrechtlich höchst umstrittenen Einsatz ging die NATO ähnlich vor, wie Wladimir Putin 15 Jahre später in der Ukraine: Ein Landesteil Serbiens, das Kosovo, erklärte sich für unabhängig und die NATO unterstützte die Abspaltung. Das Kosovo ist bis heute EU-Protektorat und von Korruption, Unruhe und Instabilität gezeichnet.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 beteiligte sich die rotgrüne Bundesregierung in »bedingungsloser Solidarität« mit den USA am verheerenden »Krieg gegen den Terror« in Afghanistan. Tatsächlich ließ sich nie ein Zusammenhang zwischen den Terroristen und der afghanischen Taliban-Regierung beweisen. In den folgenden 20 Jahren fielen diesem Krieg Hunderttausende zum Opfer. Noch größer ist die Zahl der Verwundeten. Dieser Krieg hat das Land völlig verwüstet. Die Taliban sitzen heute stärker den je in der Regierung.

Auch in der Opposition haben die Grünen an ihrem neuen Militarismus festge-

halten. Beispielsweise hat 2011 die damalige Fraktionsvorsitzende Renate Künast die Enthaltung Deutschlands zur Bombardierung Libyens heftig kritisiert. Libyen ist seit dieser Intervention ein völlig gescheiterter Staat, in dem zum Beispiel Flüchtlinge unter brutalsten Bedingungen in Lagern gehalten werden.

Auch heute fordern die Grünen als Teil der Ampel-Regierung immer weitere Waffenlieferungen für den blutigen Stellungs-krieg in der Ukraine. Sie lehnen es ab, durch Verhandlungen ein schnellstmögliches Ende des Schlachtens zu erwirken. Der israelischen Regierung sicherte die grüne Außenministerin Annalena Baerbock »uneingeschränkte Unterstützung« zu, während die israelische Armee in Gaza einen Völkermord verübt.

Die neue Kriegspolitik der Grünen war eine der Ursachen, die ab 2004 zur Gründung der Linkspartei führte.

Krieg hat für die Grünen längst seinen Schrecken verloren. Militär dient ihnen als Mittel, deutsche und europäische Interessen in umkämpften Regionen durchzusetzen. Die neue Kriegspolitik der Grünen war auch eine der Ursachen, die ab 2004 zur Gründung der Linkspartei geführt hat. Die Linke hat seither das Erbe der Grünen als einzige konsequente Friedenspartei angetreten.

Daniel Kipka-Anton



Beim **Sonderparteitag der Grünen im Mai 1999** anlässlich des Kosovo-Krieges wurde Außenminister Joschka Fischer von einem Kriegsgegner mit einem Farbbeutel beworfen.

Dieser Wurf markiert den Bruch zwischen Grünen und Friedensbewegung.



Termine der Basisorganisationen der LINKEN in Neukölln

Die Basisorganisationen (BO) bilden die Zentren unserer Aktivitäten. Interessierte sind jederzeit willkommen!

Bei Fragen wendet euch an:
info@die-linke-neukoelln.de

BO Hermannstraße

Treffen jeden 2., 4. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Linx*44 (Schierker Str. 26)

BO Reuterkiez

Treffen jeden 2. Montag von 18 bis 20 Uhr im Verein iranischer Flüchtlinge, Reuterstraße 52

BO Sonne

Treffen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19.15 Uhr, Anzengruberstr. 21, »Rosita«
29.05.: Stammtisch für alle Neuköllner Genoss*innen und Interessierte. Die BO Sonne lädt zum Picknick und auf eine Partie Ping Pong in den Wildenbruchpark ein. Anschließend lassen wir den Abend im Traumeck (Sonnenallee 168) ausklingen.

BO Kranoldkiez

Treffen jeden 2. Donnerstag um 19 Uhr in der Wipperstraße 6

BO Rixdorf

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Wipperstraße 6

BO Gropiusstadt

Treffen jeden 2. und 4. Mittwoch um 19.00 Uhr im »Mühlentreff«, Goldammerstr. 34

Linksjugend [solid]

Kreuzkölln

Treffen jeden 2. Mittwoch um 18 Uhr in der Wipperstraße 6.
kreuzkoelln@solid-berlin.org



» Ich bin der Linken beigetreten, weil wir in Zeiten von Rechtsruck, Radikalisierung und dem Verlust des sozialen Miteinanders eine starke Linke brauchen, um jetzt eine echte Veränderung zu bewirken - im öffentlichen Dienst und in der gesamten Gesellschaft!

► **Carlos** von der Berliner Stadtreinigung (BSR).

Mach mit!

Jetzt Mitglied werden!

Setz dich mit uns ein für eine soziale Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Gemeinsam können wir viel erreichen. Und gemeinsam aktiv sein macht auch Spaß. Schließ dich jetzt an und mach mit!



← Code scannen, Formular ausfüllen

Mitgliederversammlung der Linken Neukölln

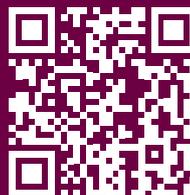
- Workshops und Diskussionen
- Nachwahlen zum Bezirksvorstand
- Wahlen zum Bundesparteitag

Samstag, 13. April 2024, ab 11 Uhr
Ort wird noch bekanntgegeben
Mehr Infos: www.die-linke-neukoelln.de

Rotes Neukölln

Der telegram-Kanal für Neuköllner Lokalpolitik

Aktuelle News der Linksfraction aus dem Neuköllner Rathaus



Kostenfreie Rechtsberatung

- **Mietrecht:** 1. und 3. Mittwoch im Monat, 14-16 Uhr
- **Sozialrecht:** 2. und 4. Mittwoch im Monat, 14-16 Uhr
- **Strafrecht:** 2. Mittwoch im Monat, 16-18 Uhr

Terminvereinbarung:

030 / 6 13 59 19

tony.pohl@die-linke-neukoelln.de